



Ohne Steuern keine öffentlichen Investitionen

Von Heinz-J. Bontrup | 24.2.2022

Gelddrucken und Staatsverschuldung lenken bewusst von einer notwendigen Umverteilungspolitik ab. Wer den öffentlichen Investitionsstau beenden will, kommt an einer progressiven Steuerpolitik nicht vorbei.

Im Mittelpunkt staatlicher Budgetpolitik stand schon immer, und steht weiterhin, die Steuerpolitik und die Frage nach der Staatsverschuldung. Sollen die Staatsausgaben ausschließlich mit Steuerzahlungen zum Ausgleich gebracht werden, oder soll auch das fiskalpolitische Instrument der Staatsverschuldung zum Einsatz kommen?

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es dazu eine lange Diskussion, die bis heute kontrovers geführt wird. Schon der Begründer der liberalen Volkswirtschaftslehre, Adam Smith, unterzog „die Staatsverschuldung in bewusster Abkehr vom

schuldenfreundlichen Merkantilismus einer vernichtenden Kritik und Karl Marx betrachtete die Staatsschuld als die ‚Veräußerung des Staats‘, heißt es in einer politischen „Kritik des Staatsschuldenrechts“. [1] Auch David Ricardo verurteilte die Staatsschuld.

Dahingegen mahnte der deutsche Finanzwissenschaftler Lorenz von Stein, „dass ‚ein Staat ohne Staatsschuld‘ entweder ‚zu wenig für seine Zukunft‘ tue oder ‚zu viel von seiner Gegenwart fordere““. [2] Vor allen erblickte der Brite John Maynard Keynes in Staatsverschuldung ein Instrument zur kurzfristigen konjunkturellen Krisenbewältigung. Der Staat müsse über ein "defizit-spending" den in der Krise ausfallenden privaten Konsum und fehlende Investitionen durch zusätzliche Staatsausgaben antizyklisch kompensieren.

Staatsverschuldung als Ergebnis einer versagenden marktwirtschaftlichen Ordnung

Ich selbst sehe Staatsverschuldung schlicht als das Ergebnis einer inhärent versagenden marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnung. Der Staat muss hier mühselig versuchen, die Schwächen des profitgetriebenen Systems einigermaßen zu kompensieren. Tut er das nicht, droht Schlimmstes. Der von Liberalen und Neoliberalen viel gepriesene Marktmechanismus ist dagegen zur Krisenbewältigung nicht in der Lage.

Trotzdem will die herrschende Politik in Deutschland und der EU von Staatsverschuldung nichts (mehr) wissen, es sei denn, der Kapitalismus droht zu implodieren. So hat es dann die neoliberal infizierte Politik tatsächlich vermocht, hinter den wissenschaftlichen Erkenntnissen von Keynes zurückzufallen und in die ökonomische Mottenkiste von den „Selbsteilungskräften des Marktes“ zu greifen. Anders kann man die von Politikern 2009 ins Grundgesetz geschriebene staatliche Schuldenbremse nicht einordnen.

Und auf europäischer Ebene gibt es seit 2012 den Europäischen Fiskalpakt. Dieser geht von einem noch erlaubten maximalen Schuldenstand von 60 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP_n) für die 19 Mitgliedsstaaten der Euro-Währungsunion aus. Dabei wurde eine Wachstumserwartung des BIP_n von jahresdurchschnittlich 5 % festgelegt, so dass sich die Staaten noch jährlich bis zu 3 % neuverschulden dürfen bzw. können ($0,6 * 0,05 = 0,03$). Beträgt beispielsweise dagegen das nominale Wachstum nur 4 %, so müsste die Neuverschuldung des Jahres auf 2,4 % zurückgehen. „Daraus ergibt sich nun

zwingend,“ schreibt der Ökonom Arne Heise zu Recht, „dass die ‚zulässige‘ Defizitquote immer in Abhängigkeit von der Wachstumsrate und den zu stabilisierenden Schuldenquoten, nie aber allgemeingültig formuliert werden kann.“^[3]

Wie überzogen hier in Ist-Werten die nominale Wachstumsprämisse von 5 % für Deutschland seit der Wiedervereinigung war, zeigt der nüchterne empirische Befund. Von 1992-2021 lag das nominale BIP-Wachstum jahresdurchschnittlich bei nur 2,7 %. Das reale (preisbereinigte) Wachstum kam sogar nur auf 1,2 %, womit der BIP-Deflator bei 1,5 % lag bzw. auf Inflation zurückging.

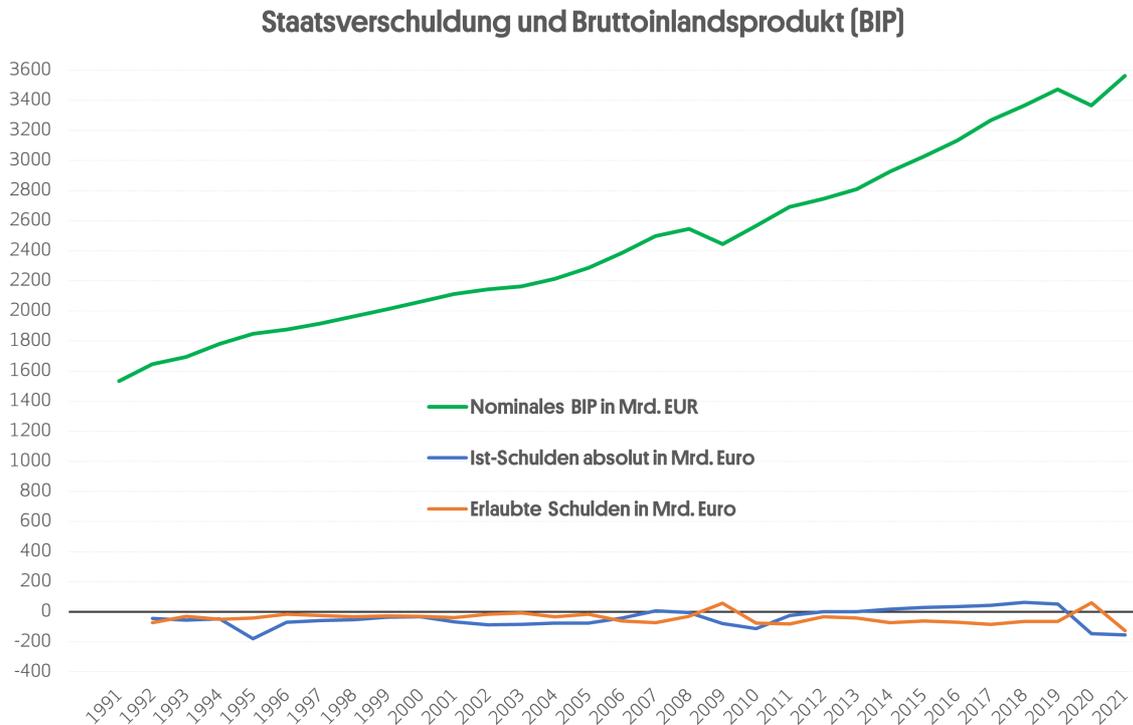
Dennoch hätte aber die nominale Wachstumsrate von 2,7 % eine jahresdurchschnittliche Defizitquote (Neuverschuldung) von gut 1,6 % erlaubt ($0,6 * 0,027 = 1,62 \%$). Realiter lag die Quote bei 1,9 % und damit nur um knapp 0,3 Prozentpunkte höher. In absoluten Zahlen zeigt sich dabei das folgende Bild: Die Staatsverschuldung hat von 1992-2021 im Bund, bei den Ländern und Kommunen sowie den Sozialversicherungen kumuliert um 1.208,1 Milliarden Euro zugenommen. Möglich wäre hier – unter den gegebenen nominalen Ist-Wachstumsraten bei Einhaltung der Schuldenstandsquote von 60 % – eine Verschuldung von 1.230,7 Milliarden Euro gewesen. Das waren also nur 28 Milliarden mehr.

Insgesamt war damit die staatliche Verschuldung aber viel zu gering, um die notwendigen öffentlichen Aufgaben und den damit verbundenen Ausgaben Genüge zu tun. Jedenfalls dann, wenn man alternativ zur Staatsverschuldung auf adäquate Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftsteuern verzichten will.

Ein ganz anderes Ergebnis zeigt sich jedoch, wenn man nur die Werte seit Einführung der *Schuldenbremse* im Jahr 2009 betrachtet. Hier lagen die aufgenommenen Staatskredite kumuliert nur noch bei 268,5 Milliarden Euro. Von 2012-2019 wurden sogar staatliche Finanzierungsüberschüsse in Höhe von insgesamt 243,8 Milliarden Euro erzielt. Dagegen lag von 2009-2011, während der weltweiten Finanz-, Immobilien- und Wirtschaftskrise, das Defizit bei 213,1 Milliarden und bisher während der Pandemie in den Jahren 2020-2021 bei 299,2 Milliarden Euro.

Auf Grund der hier im Ist realisierten nominalen Wachstumsraten wären, auch unter Einhaltung der Schuldenstandsquote von 60 %, aber wesentlich höhere kumulierte Staatsschulden von 643,7 Milliarden Euro möglich gewesen. 2011 lag dabei die nominale Wachstumsrate exakt bei 5 % und damit hätten Kredite in

Höhe von 5 % bezogen auf den Schuldenstand bei einer Defizitquote von 3 % aufgenommen werden können. Das wären dann 80,8 Milliarden Euro gewesen. Tatsächlich nahm der Staat aber nur Kredite in Höhe von 23,7 Milliarden Euro auf (zu den Zahlen vergleiche insgesamt die folgende Tabelle).



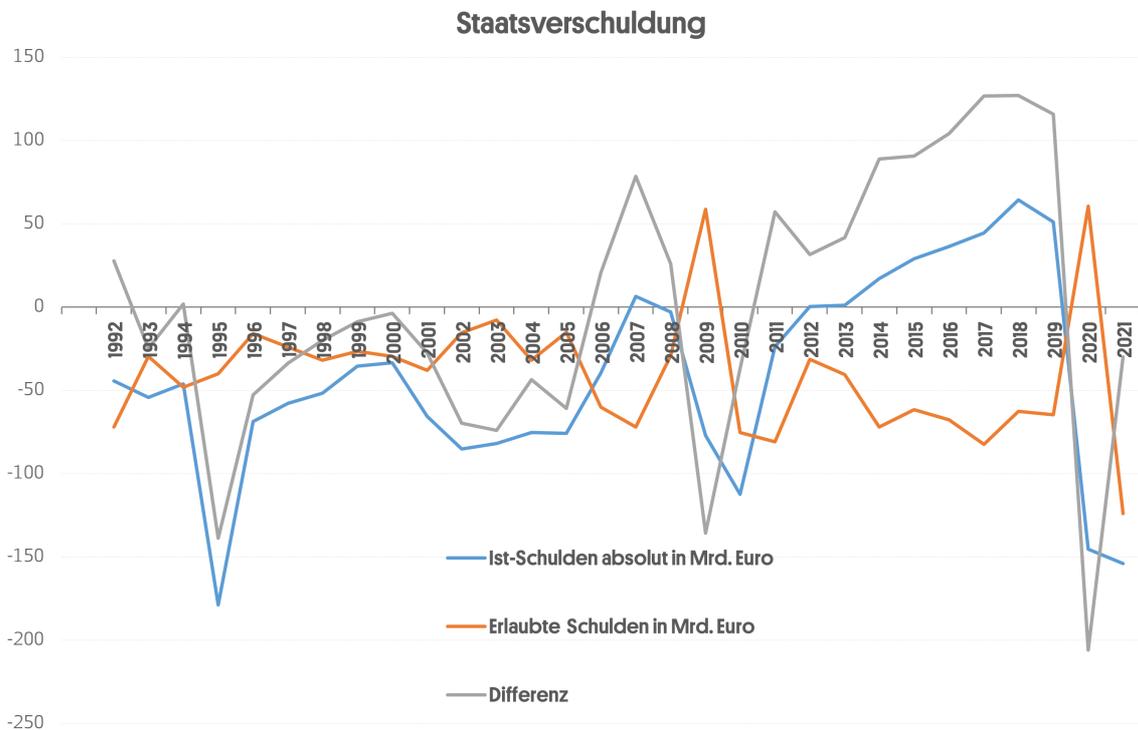
Quelle: eigene Berechnungen

In Summe von 2009-2021 wäre es dem Staat demnach möglich gewesen, kumuliert 375,2 Milliarden Euro mehr an Krediten zur Finanzierung von Staatsausgaben aufzunehmen, als er es realiter getan hat.

Doch die Bundesregierungen bauten lieber, völlig sinnlos, die Schuldenstandsquote ab, die sich wegen der weltweiten Finanz-, Immobilien- und Wirtschaftskrise bis 2010 auf 82,0 % erhöht hatte, und 2019 auf Grund einer zuvor praktizierten neoliberalen Austeritätspolitik wieder bei den vom Fiskalpakt geforderten 60 % angekommen ist.

So konnte dann der deutsche Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und heutige Bundeskanzler, im Jahr 2020 „stolz“ verkünden, dass der Staat „gespart“ hätte, was jetzt in der Corona-Krise ausgesprochen helfen würde. Dass er Deutschland damit aber immer mehr kaputtgespart und nicht einmal die Möglichkeiten des Europäischen Fiskalpakts ausgenutzt hat, um das Land nach vorne zu bringen

und zu modernisieren, vergisst er zu sagen. Mehr politischer Populismus geht nicht.



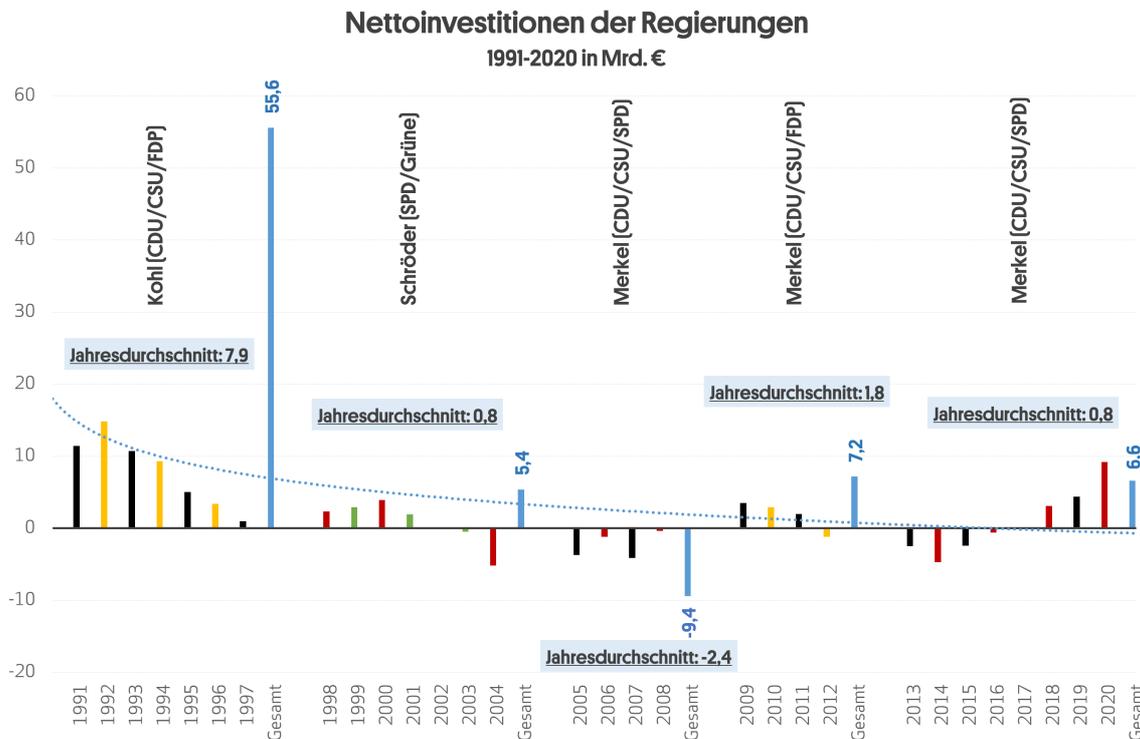
Quelle: eigene Berechnungen

Staatliche Unterinvestitionen: Das Öffentliche wurde geradezu ruiniert

Wie dramatisch die Situation dabei ist, zeigt seit der Wiedervereinigung die Entwicklung der entscheidenden staatlichen Nettoinvestitionen, also Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen als Werteverzehr. Man kann es eigentlich gar nicht glauben, aber die Zahlen dokumentieren eine bittere Erkenntnis. Von 1991-2020 lagen die staatlichen Nettoinvestitionen im Jahresdurchschnitt bei nur 2,2 Milliarden Euro. Kumuliert waren es 65,4 Milliarden Euro. In vielen Jahren kam es sogar zu Desinvestitionen mit einem Substanzverzehr, das heißt, hier waren die Abschreibungen größer als die Bruttoinvestitionen.

Alle Regierungen haben seit 1991 völlig versagt und haben die Forderung der Kapitaleigentümer nach einem „schlanken Staat“ brutal umgesetzt. Besonders gewütet hat hier die erste Merkel-Regierung mit der SPD im Schlepptau von 2005-2009. Die negativen staatlichen Nettoinvestitionen implizieren hier mit insgesamt -9,4 Milliarden Euro einen katastrophalen staatlichen

Substanzverzehr. Das Öffentliche wurde geradezu ruiniert. In Summe ist heute an öffentlicher Infrastruktur fast alles kaputt oder marode. Mit nur jahresdurchschnittlich 2,2 Milliarden Euro an staatlichen Nettoinvestitionen ist das die logische Folge. Und wer haftet jetzt für das völlige neoliberale Politikversagen? Die sogenannten Volksvertreter jedenfalls nicht.



Quelle: Statistisches Bundesamt, VGR, Investitionen, Wiesbaden 2021, eigene Berechnungen

Interessant ist allerdings, dass die „Ampel-Regierung“ jetzt Milliarden an Nettoinvestitionen für die Beseitigung des öffentlichen Investitionsstaus und on top für die Energie- und Klimawende verspricht. Wer glaubt das noch? Wo soll das Geld dafür herkommen, wenn die Regierung ab 2023 zur Schuldenbremse zurückkehren und gleichzeitig keine Steuererhöhungen vornehmen will?

Dabei sind die Restriktionen der deutschen Schuldenbremse noch wesentlich höher als die des Fiskalpakts. Hier darf sich der Bund nur noch pro Jahr mit 0,35 % verschulden – bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt. Die Länder müssen sogar einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, was natürlich auch für die Kommunen gilt.

Expansive Geldpolitik und MMT

Ohne eine von den Notenbanken weltweit praktizierte expansive Geldpolitik mit Nullzinsen und Aufkäufen von Staatsanleihen sowie massiv gestiegenen Staatsschulden wäre das kapitalistische System schon mit der weltweiten Finanz-, Immobilien- und Wirtschaftskrise kollabiert. Dass hat selbst der letzte radikale Neoliberale verstanden und deshalb kam es während der Pandemie richtigerweise parallel zur expansiven Geldpolitik zusätzlich zu einem keynesianischen defizit-spending.

Was die Geldpolitik betrifft, gibt es eine neue Denkschule mit einem aktuell diskutierten Ansatz: die „Modern Monetary Theory“ (MMT). Zugespitzt formuliert die Theorie, dass ein Staat einen unbegrenzten geldpolitischen Spielraum zur Finanzierung seiner öffentlichen Aufgaben hat. Damit könne man sich des unheilvollen gesellschaftlichen Problems der Steuererhöhung und Staatsverschuldung entziehen.

Das ist zu schön, um wahr zu sein. Unter anderem wird die MM-Theorie auch von Paul Steinhardt präferiert. Steinhardt wirft mir bezüglich meines Beitrags [„Der kranke Mann Europas“](#) vor, dass meine links-keynesianischen Reformvorschläge – womit ich bei ihm offene Türen einrennen würde, was mich sehr freut – nur auf einer Interpretation saldenmechanischer Zusammenhänge der VGR beruhen würden, die aber vor dem Hintergrund der MMT zu diskutieren seien.

Lieber Herr Steinhardt, immer gerne diskutiere ich mit Ihnen. Wir haben aber offensichtlich zwei unterschiedliche Geldvorstellungen. Als links-Keynesianer mit einer arbeitswerttheoretisch fundierten Basis drückt sich das liebe Geld für mich nur durch *inhärente Arbeitswerte* aus. Wir tauschen nicht Geld gegen Ware, sondern immer nur Arbeitswerte gegen Arbeitswerte. Geld kann man nicht essen, sich dafür aber Essen kaufen. Und in Geld kann man auch nicht wohnen, aber eine Wohnung bezahlen. Und mit Geld kann ebenso nichts produzieren, aber Arbeitskräfte und Produktionsmittel kaufen. Ich habe auch wohl deshalb noch nie einen Geldschein schwitzen gesehen.

Geld ist letztlich nichts Anderes als geronnene menschliche Arbeitskraft und daran ändern auch Geldschöpfungen durch Zentral- und Geschäftsbanken durch Kredite nichts, die übrigens bei Rückzahlung der Kredite sich jeweils ins Gegenteil verkehren. Kredite benötigen all die Wirtschaftssubjekte, die zurzeit zu wenig an Liquidität haben, um ihre Ausgaben bezahlen zu können. Das sind in erster Linie Unternehmen, aber auch private Haushalte, der Staat und nicht

zuletzt das Ausland (siehe meinen Beitrag der „Kranke Mann Europas“). Geld schafft hier immer ökonomische Verhältnisse: Gläubiger- und Schuldnerverhältnisse. Geld ist Eigentum an nichts Bestimmten, also an potenziell Allem, egal woraus Geld besteht, ob aus Metall, Papier oder Buchgeld. Die Schuldner können dabei nur den Preis fürs Geld, den Zins zahlen und die Schuld begleichen, indem sie arbeiten.

Das ist ein ökonomisches „Gesetz“, dass viele nicht gerne hören und manche nicht einmal verstehen. Somit muss letztlich auch hinter jeder Geldpolitik einer Notenbank immer eine produzierende Wirtschaft stehen. Geld vermehrt sich nur durch einen von Menschenhand betriebenen Produktionsprozess mit Produktionsmitteln und Naturgebrauch. Der Prozess beginnt mit Geld und endet mit Geld. Es kann sich aber nur im Zuge einer Mehrwertproduktion und -realisation vermehren. Oder es kann auch weniger werden, wenn der mehrwertproduzierende Prozess nicht erfolgreich war, bzw. im Verlust endete. Kommt es dabei zu einer erweiterten Kapitalakkumulation des vermehrten Geldes, so wird schließlich aus Geld Kapital.

Nur mit Geld drucken entsteht kein Kapital. Und da dies alles von der MMT nicht berücksichtigt wird, bin ich, lieber Herr Steinhardt, auch kein Anhänger der MMT-Theorie. Es bleibt für mich somit bei den makroökonomischen Zusammenhängen der VGR unter Berücksichtigung arbeitswerttheoretischer Zusammenhänge und Deduktionen. Nur menschliche Arbeit schafft Werte. Das haben selbst Adam Smith und David Ricardo so gesehen, nicht nur Karl Marx.

Ablenkmanöver von notwendiger Steuerpolitik

Geld drucken und Staatsverschuldung lenken politisch (bewusst) von einer links-keynesianisch geforderten und notwendigen Umverteilung der Primäreinkommen sowie von einer staatlichen Sekundärverteilung über Steuern, Abgaben und Transferzahlungen ab. Denn: Trotz aller Notwendigkeit einer expansiven Geldpolitik und Staatsverschuldung in Krisensituationen entfalten gerade öffentliche Kreditaufnahmen nicht unbeträchtliche Umverteilungswirkungen zu Gunsten der vermögenden Schichten. Nur Reiche können dem Staat Kredite geben – und sie tun es gerne, werden sie durch staatliche Zinszahlungen nur noch reicher.

Das hier die Notenbanken die Leitzinsen auf null gesetzt haben, bedeutet noch lange nicht, dass auch alle Staaten für aufgenommene Kredite keine, teilweise

sogar hohe, Zinsen zu zahlen haben. Aber die expansive Geldpolitik hilft hier im Grundsatz natürlich den Staaten als Schuldner gegenüber den Gläubigern.

Der unbestreitbare Vorteil von Staatsverschuldung gegenüber einer womöglich inflationär wirkenden (überzogenen) expansiven Geldpolitik, aber insbesondere gegenüber Steuerzahlungen, ist die intergenerative Wirkung, die zwischen der aktuellen Finanzierung und den späteren Wohlstandsgewinnen für künftige Generationen besteht – genauso wie jedes Unternehmen die Last der heute gekauften (finanzierten) und genutzten Produktionsmittel durch Abschreibungen in die Zukunft verlagert. Die heute aufgenommene Staatsschuld muss auch von den Nutznießern der heute damit finanzierten Investitionen mitgetragen werden. Nur über eine Schuldenpolitik lässt sich dies bewerkstelligen.

Dennoch können staatliche Leistungen, schon gar nicht Basisleistungen, mit einer Staatsverschuldung bedient werden. Sie sollte Krisensituationen und außerordentlichen staatlichen Situationen, wie etwa einer jetzt notwendigen Energiewende vorbehalten sein.

Daher ist und bleibt Steuerpolitik entscheidend auf der Tagesordnung. Der Staat muss progressiv Gewinn- und Einkommensteuern erheben und auch indirekte Steuern auf Umsatz und Verbrauch sowie mit gezielten Abgaben (zum Beispiel mit einer CO₂-Abgabe) den Staatsapparat, den Sozialstaat und nicht zuletzt die Nettoinvestitionen finanzieren können.

Wie erschreckend unterinvestiert hier der Staat ist, habe ich aufgezeigt. Um den gigantischen Investitionsstau zu beseitigen, bedarf es großer Investitionsvolumina für eine Energiewende on top. Dass das ohne Staatsverschuldung und Abschaffung der Schuldenbremse in Verbindung mit Steuererhöhungen für hohe Einkommen und einer Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie drastisch erhöhter Erbschaftsteuersätze nicht funktionieren wird, versteht sich von selbst.

Dies alles will aber die „Ampel-Regierung“ nicht. Sie will jedoch, immerhin, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung intensiver bekämpfen. Leider reicht das nicht. Aber ich warte auf die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren und bin geneigt mit jedem eine Wette abzuschließen, dass auch dies von der Ampel-Regierung nicht umgesetzt werden wird.

[1] Bajohr, S., Die Schuldenbremse. Politische Kritik des Staatsschuldenrechts, Wiesbaden 2016, S. 94ff.

[2] Zitiert bei Bajohr, S. 3

[3] Heise, A., Einführung in die Wirtschaftspolitik, Grundlagen, Institutionen, Paradigmen, München 2005, S. 191